

Rund 150 Delegierte und Gastdelegierte sowie Gäste aus der Politik, der Wohnungswirtschaft und von befreundeten Verbänden begrüßte der Vorsitzende des Deutschen Mieterbundes Landesverband Hessen, Wolfgang Hessenauer, auf dem 33. Hessischen Mietertag Mitte September 2008 in Frankfurt am Main. Die Tagung stand ganz im Zeichen des Schwerpunktthemas „Klimaschutz und Wohnen“.

Hessenauer wies in seiner Begrüßungsrede darauf hin, dass die Diskussion um die Laufzeiten von Atomkraftwerken und die damit verbundene Diskussion um Energiealternativen, die Diskussion um die energetische Erneuerung von Gebäuden und die geplanten gesetzlichen Verpflichtungen das Thema Klimaschutz zu einem aktuellen Thema der Politik gemacht habe. Gerade die derzeitige Diskussion um die Energiekosten gebe diesem Thema daher auch für Mieter eine besondere Aktualität. Es sei vollkommen unrealistisch, auf einen Rückgang oder auch nur eine Stagnation der Energiepreise zu hoffen. Über einen mittleren Zeitraum von 20 Jahren sei unter derzeitigen Bedingungen, also beim derzeitigen Zustand der Energieanlagen und Wohngebäude, mit absolut untragbaren Belastungen der Haushalte zu rechnen.

Schon heute würden die Probleme mit Heiz- und Nebenkosten in der Beratungstätigkeit der Mietervereine alle anderen klassischen Mietkonflikte in den Schatten stellen. Dies sei auch nicht verwunderlich, müssten Mieter mit einem durchschnittlichen Einkommen heute doch inzwischen rund 37 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Wohnkosten aufbringen. Bei einkommensschwachen Haushalten seien es meist mehr als 50 Prozent. Hinzu kämen die nicht mehr hinnehmbaren Folgen des ungebremsten Einsatzes fossiler Energieträger für das Weltklima. Der Klimaschutz sei eine gesamtgesellschaftliche

33. HESSISCHER MIETERTAG Klimaschutz und Wohnen



Der neu gewählte Landesvorstand (v. l.): Stefan Kaisers, Werner Schmidt, Jürgen Bär, Volker Knuhr (hinten), Dr. Willi Hilfer, Clemens Altschiller, Landesvorsitzender Wolfgang Hessenauer (hinten), Gert Reeh, Ulrich Ritter (hinten), Ingo Groß und Brigitte Lindscheid



Delegierte im Abstimmungs-marathon

Aufgabe, der sich Staat und Gesellschaft insgesamt stellen müssten.

Als Vertreter des Magistrats der Stadt Frankfurt verwies Stadtrat Volker Stein in seinem Grußwort auf die Anstrengungen insbesondere der städtischen AGB-Holding, den vorhandenen Gebäudebestand einer energetischen Erneuerung bis hin zum Passivhausstandard zu un-

terziehen. Frankfurt sei mit seinen Anstrengungen, die Energiekosten im Wohnbereich zu senken, Vorreiter in der gesamten Bundesrepublik.

Auch Ministerialdirigent Peter Leimbert, der in Vertretung des verhinderten Wirtschaftsministers Dr. Alois Rhiel die Grüße der Hessischen Landesregierung überbrachte, wies in seinem Beitrag auf die Anstren-

gungen des Landes bei der Verwirklichung der Klimaschutzziele und der Verringerung der Energiekosten hin. Wenig Hoffnung konnte er den anwesenden Gästen und Delegierten hingegen zur Forderung des Mieterbundes machen, die öffentlichen Mittel für den sozialen Wohnungsbau zu erhöhen. Der Mieterbund Hessen hatte im Vorfeld des Mietertages darauf



Der Landesvorsitzende Wolfgang Hessenauer weist darauf hin, dass Mieter einen höheren Anteil ihres Einkommens für das Wohnen aufbringen müssen



DMB-Präsident Dr. Franz-Georg Rips stellte ein Zehn-Punkte-Programm zur Entlastung der Haushalte vor

hingewiesen, dass die Bestände des sozialen Wohnungsbaus wegen der Rückzahlung der öffentlichen Darlehen in dramatischer Weise in den nächsten Jahren schrumpfen und daher an die Landesregierung appelliert, die öffentlichen Mittel hierfür drastisch zu erhöhen.

Mit eindrucksvollen Worten machte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Michael Müller, deutlich, welche Folgen der Klimawandel für die Menschheit hat, wenn nicht eine deutliche Kurskorrektur erfolgt. In letzter Konsequenz seien sogar kriegerische Auseinandersetzungen um die immer knapper werdenden Ressourcen nicht auszuschließen. In Deutschland müssten große Anstrengungen unternommen werden, um den Anstieg der Energiekosten durch Energieeinsparmaßnahmen, den verstärkten Einsatz er-

neuerbarer Energien und Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz zu bremsen. In einem Zehn-Punkte-Programm legte der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Dr. Franz-Georg Rips, die Vorstellungen der Mieterorganisation dar, wie dem ständigen Anstieg der Energiekosten Einhalt geboten werden kann. Langfristig betrachtet müsse der Wohnungsbestand auf den Neubaustandard energetisch modernisiert und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen abgebaut werden. Mittelfristig müssten die Fördermittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm aufgestockt und Mieterinnen und Mieter besser und umfassender informiert werden, wann, wo und wie Energie gespart werden kann. Der DMB biete hierzu seine Hilfe an. Außerdem müsse das Messwesen reformiert werden. Mit „in-

telligenten“ Stromzählern und Erfassungssystemen für Heizkosten müssten die Verbraucher in die Lage versetzt werden, ihren Energieverbrauch und -bedarf tagesaktuell zu überprüfen und zu steuern.

Kurzfristig müsse die Wohngeldreform zum 1. Januar 2009 nachgebessert werden, indem die Heizkostenanteile verdoppelt werden. Außerdem müsse an Haushalte, die kein Wohngeld und keine Hartz-IV-Leistungen erhalten, bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen in Höhe von 25 000 Euro ein Heizkostenzuschuss gezahlt werden. Schließlich und endlich sollte die Grundversorgung mit Strom zu einem preisgünstigen Tarif für den notwendigen Bedarf der privaten Haushalte angeboten und einkommensschwachen Haushalten mit Hilfe von zinslosen Darlehen oder

Zuschüssen in Form beispielsweise von Einkaufsgutscheinen die Anschaffung energiesparender Elektrogeräte erleichtert werden. Dieses Zehn-Punkte-Programm sei ausgewogen und auch finanzierbar und könne nachhaltig dazu beitragen, die Energiekosten zu senken.

Landesvorstand wieder gewählt

Im satzungsgemäßen Tagungsteil am Nachmittag wurde von den Delegierten eine Vielzahl von Anträgen beraten und verabschiedet. Unter anderem wurde die hessische Landesregierung dazu aufgefordert, die Verordnung, die die Kündigungssperre nach der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in einigen Kommunen Hessens auf zehn Jahre festlegt, über den 31. Dezember 2009 hi-



Ehrgäste (v. l.): DMB-Bundesdirektor Lukas Siebenkotten, Ministerialdirigent Peter Leimbert, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Michael Müller, DMB-Präsident Dr. Franz-Georg Rips und Stadtrat Volker Stein



40 Jahre Mitglied im Deutschen Mieterbund und 25 Jahre im Ehrenamt tätig: Wolfgang Hessenauer (rechts) zeichnet Wolfgang und Ursula Zuch mit der Goldenen Ehrennadel aus

aus zu verlängern. Einstimmig sprachen sich die Delegierten erneut gegen den Verkauf der landeseigenen Wohnungsbau-gesellschaft Nassauische Heimstätte aus.

Alle wieder kandidierenden Mitglieder des Landesvorstandes unter der Führung von Wolfgang Hessenauer wurden in ihren Ämtern bestätigt. Für mehr als 25-jährige ehrenamtliche Tätigkeit und 40-jährige Mitgliedschaft wurden Ursula und Wolfgang Zuch vom Mieterverein für den Wetteraukreis mit der „Goldenen Ehrennadel“ des DMB ausgezeichnet. ■

Scharfe Kritik an Gaspreisanhebung

Gießen - „Die von den Stadtwerken Gießen (SWG) bekannt gegebene Preisanhebung von Gas und Fernwärme um bis zu 27 Prozent zum 1. Oktober 2008 halten wir für unverschämt und rechtswidrig. Sie widerspricht zum einen der vom Gesetz her vorgeschriebenen billigen Preisgestaltung, deren Anwendung noch vor kurzem vom Bundesgerichtshof bestätigt worden ist. Zum anderen stellt sie den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung dar und widerspricht auch der Forderung des Energiewirtschaftsgesetzes nach einer möglichst preisgünstigen Energieversorgung“, erklärt der Vorsitzende des Mietervereins Gießen, Stefan Kaisers.

„Die Stadtwerke Gießen verweisen bei ihrer Ankündigung der Preiserhöhung für Gas und Fernwärme in demutvoller Weise auf ihr Versprechen, dass sie eingehalten hätten, die Preise bis Ende September stabil zu halten. Das kann aber niemanden über die Preispolitik in der gesamten Energieversorgungsbranche hinwegtäuschen, die stark an die mittelalterlichen Methoden der Raubritter erinnert“, meint der Mietervereinsvorsitzende. Welch offenbar großen Spielräume in der Kalkulation und bei der Gewinnspanne der SWG steckten, lasse sich an den Ausführungen des Vorstandschefs Manfred Siekmann erkennen. Er hatte erklärt, dass der Verzicht auf vorzeitige Preisanhebungen die Stadtwerke 2,4 Millionen Euro an Erlös gekostet habe, aber durch ein „verändertes Einkaufsmanagement“ seien davon wieder eine Million Euro wettgemacht worden. „Warum ging das nicht schon früher, und warum wurde nicht mehr herausgeholt?“, fragt Stefan Kaisers.

Als Begründung für die drastische Preisanhebung werde auf die gestiegenen Bezugspreise des Vorlieferanten E.on Ruhrgas infolge der Ölpreisexposition verwiesen. Stefan Kaisers sagt dazu: „Hier wird dem ahnungslosen Verbraucher massiv Sand in die Augen gestreut, denn bei genauer Betrachtung der amtlichen Zahlen des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) erkennt man, dass der durchschnittliche Grenzübergabepreis (Importpreis) für Gas im Zwölfmonatszeitraum zwischen April 2008

und April 2007 um 0,8 Prozent gesunken ist. Und der Gasimportpreis macht nur rund 50 Prozent des Gasendpreises aus. Es gibt also ein bestürzendes Auseinanderklaffen zwischen den Gasimportpreisen, die sogar gesunken sind, und den steil gestiegenen Gaspreisen für die Verbraucher.“

Kaisers rät allen Gaskunden, den Gaszählerstand zum Stichtag abzulesen und ihn den Stadtwerken mitzuteilen: „Zugleich kann man in der Mitteilung Widerspruch gegen die Erhöhung einlegen und das Entgelt um die

Erhöhung kürzen. Auf den Internetseiten www.energieverbraucher.de gibt es zahlreiche Hinweise, was beachtet werden sollte, damit der Gaskunde kein unnötiges Risiko eingeht. Einen Wechsel zu einem anderen Gasanbieter kann man prüfen, er erscheint aber im Moment noch wenig sinnvoll, weil es kaum Preisvorteile gibt. Die Gasanbieter hätten es bisher immer wieder geschafft, den verkrusteten Markt zu konservieren und sich lästigen Wettbewerb vom Hals zu halten. ■

Mieterverein Marburg Jahreshauptversammlung

Die Jahreshauptversammlung des Mietervereins Marburg findet am **13. November 2008** im Gemeindesaal der katholischen Pfarrgemeinde St. Peter und Paul in Marburg in der Biegenstraße 18 statt. Sie beginnt um 19.30 Uhr.

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung
2. Feststellung der Tagesordnung und Beschlussfähigkeit der Versammlung
3. Wahl des Protokollführers
4. Bericht des Vorstandes
5. Kassenbericht
6. Entlastung des Vorstandes
7. Wahl der Kassenprüfer
8. Satzungsänderungen

Gemäß Paragraph 10 der Satzung wird darauf hingewiesen, dass zwei Vorschläge zur Änderung der Satzung vorliegen. Die Änderungsvorschläge liegen ab dem 13. Oktober 2008 in der Geschäftsstelle aus.

- a) Änderung des Paragraphen 8 Absatz 2 der Satzung: Reduzierung der Anzahl der Vorstandsmitglieder
 - b) Erweiterung des Paragraphen 8 um einen Absatz 6: Haftungsumfang des Vorstandes, der Rechtsberater und der Mitarbeiter
9. Beschlussfassung über Anträge gemäß Paragraph 9 der Satzung. Auf die satzungsgemäße Frist zu deren Einreichung wird hingewiesen.

Ab dem 13. Oktober 2008 liegen alle Anträge zur Jahreshauptversammlung in der Geschäftsstelle in der Bahnhofstraße 15 in Marburg zur Einsichtnahme offen.

Der Vorstand